

# NIEDERSCHRIFT Schul/020/2013

über die Sitzung des **Schul- und Sportausschusses der Stadt Billerbeck** am  
12.11.2013 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Maggie Rawe

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp	Vertretung für Herrn Bernhard Kortmann
Herr Andreas Groll	Vertretung für Herrn Bernd Kösters
Herr Ludger Kleideiter Frau Brigitte Mollenhauer	Vertretung für Frau Ursula Kratz
Herr Hans-Jürgen Dittrich Frau Margarete Köhler Herr Ulrich Schlieker	

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Bernd Heuermann  
Herr Roman Gerding

Beratende Mitglieder gemäß § 85 Abs. 2 Schulgesetz:

Herr Alexander Kahlert Frau Ursula Gerdemann	Vertreterin der Haupt- schule
---	----------------------------------

Entschuldigt fehlen:

Herr Propst Hans-Bernd Serries  
Frau Barbara van der Wielen  
Frau Bettina Weiss

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks Herr Hubertus Messing Herr Gerd Mollenhauer Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin
---	-----------------

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

Frau Rawe stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung

#### 1. **Schulraumanalyse für die Ludgeri-Grundschule Billerbeck**

Frau Dirks erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage.

Anschließend geht Herr Kahlert auf die Raumsituation an der Ludgeri-Grundschule ein (siehe Anlage zur Sitzungsvorlage). Er sei gerne zur Zusammenarbeit mit einem Planungsbüro bereit, Bedenken habe er allerdings, dass nur die Grundschule untersucht und Flächen gestrichen werden und bei den weitergehenden Schulen dann nichts mehr passiere.

Frau Dirks legt dar, dass mit der Grundschule begonnen werden sollte und dann im Sekundarbereich weiter gemacht werde. Es gehe nicht darum, der Schule etwas weg zu nehmen. Aber auch die Gemeindeprüfungsanstalt habe darauf hingewiesen, dass im Grundschulbereich Flächen anderweitig genutzt oder aufgegeben werden könnten. Dabei gelte immer noch das Raumprogramm für Grundschulen des Landes NRW von 1995.

Herr Brockamp stellt voran, dass einer Mitteilung im „Städte- und Gemeinderat“ von September 2013 zu entnehmen sei, dass allein in der Stadt Essen bis 2019/2020 rd. 20 Millionen Euro Investitionskosten zusätzlich aufgewendet werden müssen – vor allem für Barrierefreiheit und zusätzliche Räume. Die Ludgeri-Grundschule solle Vorreiterschule für Inklusion werden, deshalb könne doch ein anderes Raumkonzept erforderlich werden. In dem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob ausreichend Differenzierungsräume für die individuelle Förderung vorhanden sind.

Zudem ergebe sich die Frage, ob künftig Schüler mit dem Bus zur Schule gefahren werden müssen, wer die Begleitung der Schüler zum Johannistandort leisten soll, ob die vorgegebenen Klassengrößen stimmen, wie die frei werdenden Räume genutzt werden sollen und ob das Raumkonzept überhaupt für eine Grundschule mit zwei Standorten anwendbar ist. Weiter wolle er wissen, mit welcher Qualifikation das Fachbüro das Gutachten erstellen soll und ob dieses Gutachten anschließend dem Ausschuss und Rat noch einmal vorgestellt wird.

Im Übrigen wundere er sich, dass der Johannisschulhof neu gestaltet werden soll. Wenn die Schule bald zugemacht werden soll, werde aber kein neuer Schulhof benötigt. Die 2.000,-- € für ein Gutachten halte er für herausgeworfenes Geld. Zunächst sollten die Auswirkungen des demografischen Wandels abgewartet werden.

Frau Dirks erläutert, dass das erforderliche Raumpotenzial gemeinsam mit der Schule eruiert werden soll. In den nächsten Jahren werde die Grundschule voraussichtlich nur noch 4-zügig sein. Nach Ansicht der Schulleitung ergebe sich dadurch aber kein Raumüberhang, sondern vielmehr würde das Gegenteil der Fall sein. Die Frage des Bustranspor-

tes stelle sich nicht, weil auch künftig an beiden Schulstandorten Kinder unterrichtet würden.

Herr Brockamp wirft ein, dass der Schulleiter die Raumsituation analysiert habe und nicht noch zusätzlich ein Gutachten erstellt werden müsse. Außerdem gehe er davon aus, dass ein Bustransport sehr wohl erforderlich werde, wenn Schüler umziehen müssen. In dem Fall müsse mit erheblichen Elternprotesten gerechnet werden.

Herr Messing weist darauf hin, dass die Grundschule von 7 Zügen auf 4 Züge zurückgehe und deshalb Überlegungen zur Raumsituation angestellt worden seien. Es würden immer zwei Standorte benötigt, weil kein Standort für sich allein die nötigen Räume vorhalten könne. Als Fachbüro käme das Büro Komplan in Betracht, das sich bereits mit der Schulraumanalyse in Coesfeld und Rosendahl auseinandergesetzt habe.

Frau Mollenhauer betont, dass man sich grundsätzlich glücklich schätzen könne, mit der Grundschule so gut aufgestellt zu sein. Im Oktober sei ein neues Inklusionsgesetz verabschiedet worden und zum jetzigen Zeitpunkt wisse man noch nicht, welche Folgen das habe. Deshalb halte sie es derzeit für verfrüht, ein Fachbüro zu beauftragen. Sie gehe davon aus, dass eher mehr Räume benötigt würden als weniger. Auch sollte man aufgrund der Feststellungen der Gemeindeprüfungsanstalt nicht blinden Gehorsam walten lassen. Die Entwicklung an den Schulen im kommenden Schuljahr sollte abgewartet werden, falls dann Ressourcen frei würden, könne immer noch hierüber diskutiert werden.

Herr Dittrich sieht das genauso. Dass eine Richtlinie von 1995 gerade im Hinblick auf Inklusion heute keine realistische Grundlage mehr sein könne, habe Herr Kahlert deutlich gemacht. Dem kompetenten Schulleiter sollte vertraut und keine 2.000,- € ausgegeben werden, die woanders besser investiert seien. Erstaunt sei er über die Sitzungsvorlage, weil offensichtlich Begehrlichkeiten dahinter steckten.

Frau Köhler spricht sich ebenfalls für die Beibehaltung des jetzigen Raumprogrammes aus. Sie habe nicht den Eindruck, dass Herr Kahlert die Einschaltung eines Fachbüros für notwendig erachtet. Sie sei davon überzeugt, dass Schulleitung und Lehrerkollegium sehr genau wüssten, welche Räume sie benötigen.

Herr Schlieker erklärt, dass er heute ergebnisoffen in die Diskussion gekommen sei. Neben den angesprochenen Aspekten sollte aber noch bedacht werden, dass künftig voraussichtlich auch an der Grundschule der gebundene Ganztagsunterricht eingeführt werde. Spätestens dann werde man sich Gedanken über ein Raumprogramm machen müssen. Er wolle die Inklusion weiter nach vorne bringen und deshalb würde er sich nicht scheuen, die 2.000,- € auszugeben.

Herr Kleideiter hält es für verfrüht einen Gutachter zu beauftragen, da man die Entwicklung noch nicht absehen könne.

Nach kurzer Erörterung über die weitere Schulentwicklungsplanung und den Unsicherheitsfaktor Migration lässt Frau Dirks über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit einem Fachbüro und der Schulleitung ein langfristiges Raumprogramm für die Ludgeri-Grundschule zu erarbeiten, das den geänderten Anforderungen an individuelles Lernen und dem Inklusionsgedanken Rechnung trägt. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von 2.000,00 € werden für das Haushaltsjahr 2014 eingeplant.

**Stimmabgabe:** 8 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

**2. Antrag der CDU-Fraktion vom 18. Nov. 2012 zur Beckenabdeckung für das Freibad unter Einbeziehung der Ergebnisse der Badesaison 2013**

Herr Mollenhauer erläutert die Ausführungen in der Sitzungsvorlage.

Herr Schlieker schließt aus den in der Vorlage genannten Zahlen, dass das Freibad im Mai hauptsächlich für die Frühschwimmer geöffnet war. Er frage sich, wer angesichts des bestehenden Beschlusses, das Freibad im Frühjahr nur bei beständigem Wetter über 20° zu öffnen, die Öffnung im Mai veranlasst habe. Er sei froh, dass man sich im letzten Jahr dazu durchgerungen habe, die aufgrund der höheren Wassertemperatur entstehenden Mehrkosten auf die Eintrittsgelder umzulegen. Im Übrigen habe seine Fraktion bereits vor drei Jahren die Anschaffung einer Beckenabdeckung für das Freibad angeregt. Im Freibad Stapelskotten sei eine gebrauchte Abdeckung für 8.500,- € installiert worden. Er frage sich, warum in Billerbeck so ein Aufwand betrieben werden müsse. Es müsse doch einfachere, wirtschaftlichere und unkompliziertere Alternativen geben.

Herr Messing führt zur kritischen Nachfrage zur frühen Öffnung im Frühjahr dieses Jahres aus, dass bis Ende April eine Schönwetterperiode geherrscht habe. Nachdem das Nottulner Freibad als erstes Freibad die Badesaison eröffnet habe, sei das Billerbecker Freibad wie andere umliegende Freibäder auch, nicht zuletzt im Hinblick auf die ausgegebenen Familienkarten, nachgerückt. Im Zuge der Eisheiligen seien dann die Temperaturen wieder deutlich abgesunken.

Beim Freibad werde Geld zugesetzt, so Herr Kleideiter. Wenn man sich diesen Luxus leisten wolle und nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Beschlüsse der Weltklimakonferenz müsse man sich für eine Abdeckung entscheiden.

Frau Mollenhauer hält eine Abdeckung im Hinblick auf Energieeinsparung und Energieeffizienz nach wie vor für unerlässlich. Es müsse aber nach günstigeren Varianten gesucht werden. Die Verwaltung sollte entspre-

chend nacharbeiten und mehrere Angebote einholen sowie über gebräuchte Abdeckungen oder Teilabdeckungen nachdenken. Außerdem sollte eine Verkürzung der Badesaison in Betracht gezogen werden.

Herr Mollenhauer berichtet, dass Angebote anderer Anbieter preislich ähnlich lägen.

Frau Köhler erkundigt sich nach den Gesamtkosten für das Freibad und fragt nach, ob steckbare Startblöcke mit dem Denkmalschutz vereinbar seien. Außerdem verweist sie auf die zusätzlichen Personalkosten durch das Ein- und Ausrollen der Abdeckung.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Gesamtkosten für das Freibad ähnlich hoch seien, wie in den Vorjahren. Die in der Vorlage angeführten Maßnahmen u. a. bzgl. der Startblöcke seien mit dem Amt für Denkmalpflege abgestimmt.

Herr Bernd Heuermann schlägt vor, die Abdeckung nicht längs, sondern quer über das Becken zu ziehen. Das Becken sei nur 16 m breit. Außerdem kenne er Abdeckungen nur als Rolladensystem.

Herr Mollenhauer gibt zu bedenken, dass dann an beiden Seiten eine Führung angebracht werden müsse und hierdurch Mehrkosten entstünden. Rolladensysteme seien verwaltungsseitig nicht untersucht worden.

Herr Schlieker verweist nochmals auf das Freibad Stapelskotten, das über ein Rolladensystem verfüge. Wie Herr Heuermann sehe auch er Vorteile bei einer quer angebrachten Abdeckung, dann müssten auch die Startblöcke oder Einstiegsleitern nicht umgebaut werden.

Die Diskussion habe gezeigt, so Herr Dittrich, dass die Verwaltung noch eine Menge Arbeit leisten und nach Alternativen suchen müsse.

Frau Mollenhauer bringt noch an, dass mit einer Abdeckung weniger Wasser verdunste, wodurch der Einsatz von Chemikalien reduziert werden könnte. Außerdem verringere sich der Reinigungsaufwand. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, entsprechend der heute vorgebrachten Aspekte zu recherchieren.

Frau Rawe regt an, bei Kommunen, die ihre Bäder schließen müssten nachzufragen, ob sie ihre Abdeckungen verkaufen wollen.

Herr Gerding möchte, dass die Verwaltung auch mit Nottuln Kontakt aufnimmt.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass es zeitlich eng werden könnte, bis zur nächsten Sitzung im Frühjahr die endgültigen Ausschreibungsergebnisse unter Berücksichtigung der v. g. Beratung vorlegen zu können.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung im Frühjahr

2014 weiter zu recherchieren.

**Stimmabgabe:** einstimmig

### 3. **Mitteilungen**

Keine

### 4. **Anfragen**

#### 4.1. **Liste über offene Anfragen - Herr Brockamp**

Auf Nachfrage von Herrn Brockamp wird verwaltungsseitig mitgeteilt, dass die Liste über offene Anfragen der Ratsmitglieder der letzten Ratsniederschrift beigefügt war.

#### 4.2. **Bürgerbüro im Rathaus - Herr Brockamp**

Herr Brockamp erinnert die Bürgermeisterin an ihre in der konstituierenden Sitzung im Oktober 2009 gehaltene Rede, in der sie ausgeführt habe, dass im Rathaus die Schaffung eines Bürgerbüros oben auf der Agenda stehe. Er wolle wissen, was seit 2009 hinsichtlich eines Bürgerbüros passiert sei.

Frau Dirks weist darauf hin, dass sie bereits mehrfach vorgetragen habe, dass aus verschiedenen Gründen ein Bürgerbüro nicht sinnvoll ist und die jetzige Bürgerertage beibehalten werden soll.

#### 4.3. **Einladung zum Volkstrauertag - Frau Rawe**

Frau Rawe moniert, dass in der Einladung zum Volkstrauertag trotz Umwidmung die Bezeichnung „Kriegerehrenmal“ und nicht „Mahnmal für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ verwandt werde.

Frau Dirks stellt richtig, dass der Rat nie eine offizielle Umbenennung beschlossen habe.

#### 4.4. **Freie Kapazitäten für die Unterbringung von Asylanten - Herr Kleideiter**

Auf Nachfrage von Herrn Kleideiter, teilt Frau Dirks mit, dass es derzeit noch freie Kapazitäten gebe. Wenn die Zuweisungen weiter steigen werden, müsse man sehen wie man damit umgehe. In der Vergangenheit

seien auch schon Wohnungen angemietet worden.

Maggie Rawe  
Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann  
Schriftführerin